

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags an Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus in Preußen 3.50 M. im voraus zahlbar, bei Postbezug monatlich 1.50 M. inkl. Zustellungsgebühren, im Ausland unter Streifenband 2.75 M. (Deutschland und Oesterreich), für das übrige Ausland 15.— M. einschließlich Postzuschlag.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Die achtspaltige Morgenzeitung über deren Raum, sowie jede Werb-Anzeige, als auch die Familien- und Organisationsangelegenheiten werden laut angelegtem Anzeigen-Tarif berechnet. Insaubere für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 9769

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Ultimatum der Regierung.

Schein und Wirklichkeit.

Die neue Regierung findet fast überall jene Kühle und reservierte Aufnahme, die aus dem Gefühl entspringt, daß dieses Kabinett nur ein notdürftiger Augenblicksbehelf ist. Eine Ausnahme machen höchstens die Demokraten, die sehr glücklich sind, wieder dabei zu sein. Aus ihrer Befriedigung spricht die heillose Angst, die sie davor hatten, daß die Arbeiter allein die Macht übernehmen könnten. Aber wenn die Herren über den „Steg des Koalitionsgedankens“ jubeln, so freuen sie sich doch etwas vorzeitig. Sie übersehen, befangen in der parlamentarischen Denkweise, vollständig, daß die wirklichen Machtverhältnisse sich denn doch ein wenig verschoben haben und daß der Versuch, dem alten Koalitionsgedanken etwa auch die alten Taten folgen zu lassen, ihnen sehr übel bekommen könnte.

Das wirkliche Ergebnis des Kampfes ist fürwahr nicht dieses Ministerium, sondern das gestiegene Machtbewußtsein der Arbeiterklasse, der feste Entschluß, die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterfront gegen die bürgerliche Gesellschaft zu festigen und unter allen Umständen zu verhindern, daß Teile der Arbeiterklasse unter Mitwirkung oder Duldung von Arbeitervertretern vom Militarismus zugunsten der Aufrechterhaltung der Bourgeoisie abgelenkt werden. Darin sind heute alle Arbeiterorganisationen einig, und alle Arbeiterorganisationen, gewerkschaftliche Verbände wie die politischen Parteien, haben sich verpflichtet, die ganze Macht der Arbeiterklasse in die Waagschale zu werfen, um den Krieg gegen die Arbeiter unmöglich zu machen.

Dafür zu sorgen ist vor allem Pflicht der rechtssozialistischen Partei, und von der Durchführung dieser Verpflichtung hängt unserer Meinung nach nicht nur das Schicksal dieser Partei, sondern vor allem auch die nächste Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung ab. Die Einsicht, daß das Koalitionssystem ein Unglück und ein Verderben war, ist heute auch unter der rechtssozialistischen Arbeiterschaft infolge der teuer erkaufte Lehre des Kapp-Putsch und der entsetzlichen Ausschreitungen des Militarismus so allgemein, daß auch die Führung sich dem nicht länger entziehen kann. Auch der „Vorwärts“ sagte gestern, daß bei allem Vertrauen, das er in den guten Willen der sozialistischen Minister setze, es auf die Taten der Regierung ankommen muß, und er fordert vor allem die schnellste Umgestaltung des Militärs, das Behinderung von Blutvergießen im Ruhrgebiet, die Abstellung der ungeheuerlichen Mißgriffe, die auch in den letzten Tagen vom Militär begangen wurden, und die Befreiung ihrer Urheber.

Dazu muß mit allem Nachdruck gesagt werden, daß die sozialdemokratische Partei in vollem Ausmaß die Verantwortung für die Regierungen zu tragen haben wird. Denn nur ihre Mitwirkung ermöglicht überhaupt die Koalition und sie ist deshalb jederzeit in der Lage, die Regierungen doch zu entscheiden zu bestimmen. Denn gegen den Einspruch der sozialdemokratischen Partei können die bürgerlichen Regierungsglieder ihren Willen nicht durchsetzen, wenn die Sozialdemokraten wirklich bereit sind, alle Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen müssen gezogen werden, wenn die Regierung eine Politik gegen die Arbeiter, unter welchem Vorwand immer, beginnen will. Sonst würde die sozialdemokratische Partei die ungeheure Verantwortung tragen, arbeitserfeindliche Politik zu ermöglichen und dadurch die Kampffront der Arbeiterklasse zu zerschlagen. Diese Konsequenzen können gezogen werden, da in dem Abwehrkampf gegen die bürgerlichen Anschläge das Proletariat einig und gegen das einige Proletariat sich keine Regierung behaupten könnte. Die Bereitwilligkeit unserer Partei, an einer sozialistischen Regierung teilzunehmen, hat da volle Klarheit geschaffen und die politische Verantwortlichkeit deutlich gemacht. Dies um so mehr, als unsere Partei ihrerseits bestrebt ist, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die außerordentlich schwierigen und verwickelten Verhältnisse ihre Beilegung auf dem Wege der Verhandlungen erfahren und alle militärischen Maßnahmen deshalb nicht nur überflüssig, sondern verhängnisvoll sind.

Drohung an die Arbeiterschaft.

Die Reichsregierung hat an die Aufständischen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier folgende Forderung gestellt: Die Regierung hat durch die „Bielefelder Verhandlung“ versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Besel sind mit größter Heftigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen wurden nicht freigegeben, die Abgabe der Waffen nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Rottweirer aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den Roten Truppen begangen werden. Das zwingt die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse vor Willkürakte zu schaffen. Um aber allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags eine ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Bezirks 6, Generalleutnant v. Watter, in Münster für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Kapp-Lüttich-Regierung belastet sind.
3. Sofortige Auflösung der Roten Armee.
4. Vollige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung, einschließlich Einwohnerwehren unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch die Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden. Sofortige Freigabe der Gefangenen.

Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen.

Andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur vollen Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

Berlin, den 28. März 1920.

Die Reichsregierung.
Der Reichskanzler. gez. Müller. Der Reichswehrminister. gez. Eberl.
Ton und Inhalt dieses Ultimatum müssen aufschärft verurteilt werden. Die Ausschüsse der Arbeiter haben versprochen, daß sie dafür sorgen würden, daß an allen Orten die Vereinbarungen anerkannt werden würden. Es mußte ihnen jedoch eine Frist gelassen werden, um eine weitere Entspannung der Lage zu ermöglichen. Die Kundgebung der Regierung amiet aber auf neue den alten Geist des Militarismus und der „Staatsautorität“. Das kann

Dies gilt insbesondere für die dringendste wichtigste Frage, für die Lösung der Krise im Ruhrrevier. Sie bildet zugleich den Prüfstein nicht nur für die Fähigkeit der Regierung, sondern auch für die Entschlossenheit der Sozialdemokratie, mit der alten unglückseligen Politik endlich zu brechen.

Wir verhehlen uns durchaus nicht, daß die Situation im Ruhrrevier schwierig ist. Allerdings herrscht im allgrößten Teil des Reviers Ruhe und musterhafte Ordnung. In einzelnen Punkten haben sich allerdings — durchaus erklärlich bei der außerordentlichen Erregung der Arbeiter — sozialistische Einflüsse bemerkbar gemacht und zu Uebergriffen geführt. Wir wissen aber, daß die Arbeiterschaft entschlossen ist, selbst mit allen Mitteln dem entgegenzutreten und diesen Uebergriffen schnell ein Ende zu machen. Und sie sind stark genug, diesen Willen zur Geltung zu bringen. Unter keinen Umständen dürfen diese vereinzelten Vorkommnisse als Vorwand benutzt werden, um das Militär marschieren zu lassen. Denn wir wissen, wenn das Militär erst marschiert, ist alles verloren. Die Regierung, die sich bei allen Ausschreitungen des Militarismus damit zufried-

berdlich wirken, wenn wir auch hoffen, daß die Arbeiter sich nicht provozieren und sich in der Haltung, die sie bisher eingenommen haben und durch die sie selbst für Ruhe sorgen wollen, manken machen lassen werden. Das Ultimatum der Regierung ist um so unangebrachter, als inzwischen Unterhändler, die beiden Parteien angehören, ins Ruhrgebiet abgereist sind, um mit allem Nachdruck für die friedliche Erfüllung der Vereinbarungen einzutreten.

Da der Regierung die nötige Einsicht zu fehlen scheint, wird es die Aufgabe der Arbeiterorganisationen und der rechtssozialistischen Partei sein, dafür zu sorgen, daß dem in dem Ultimatum angekündigten Vorgehen rechtzeitig Einhalt geschieht. Dies ist um so notwendiger, als der Inhalt des Ultimatum sich auf Verträgen anzubauen scheint, die der Regierung von ihren militärischen Vertrauensleuten, insbesondere von dem General v. Watter, zugegangen sein dürften. Eine Rote Armee gibt es nicht. Der Regierung muß es bekannt sein, daß sich die Arbeiter aller Parteien, auch die Rechtssozialisten, Demokraten und Christlichen Gewerkschaften einmütig erhoben haben, um die Mißhandlungen am dem Kapp-Putsch zu beseitigen. Es muß ihr bekannt sein, daß selbst die Gegner der Arbeiterschaft berichten müssen, wie musterhaft für Ruhe und Ordnung gesorgt wird, daß Ausschreitungen und Plünderungen so gut wie gar nicht vorkommen, daß auf Besel keine Angriffe der Arbeiter gerichtet werden, sondern daß diese sich lediglich der Angriffe des Militärs erwehren.

Wir erwarten nach alledem, daß das unheilbringende Vorhaben der Regierung nicht ausgeführt wird!

Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes.

Berlin, 28. März. Verordnung.

Ich hebe die am 19. März 1920 für den Bezirk Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit getroffenen weiteren Maßnahmen hiermit auf.

Die auf Grund der Verordnung vom 19. März 1920 von dem Inhaber der vollziehenden Gewalt erteilten Befehle treten mit der archaischen Bekanntmachung dieser Aufhebungsverordnung durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt außer Kraft.

Der Reichspräsident. gez. Eberl. Reichswehrminister. gez. Dr. Eberl.

Nachdem die Standgerichte schon vor einigen Tagen besetztigt wurden, ist nunmehr auch der verschärfte Belagerungszustand aufgehoben worden. Es ist dringend notwendig, daß dem ganzen Ausnahmezustand, der sich fast nur gegen die Arbeiterschaft richtet, ein Ende gemacht wird!

Das hat, daß sie das Militär nicht fest in der Hand haben, wird auch verstehen müssen, daß einzelne Uebergriffe der anderen Seite nicht vermeidbar sind. Es ist eine Forderung der Gesamtarbeiterschaft, daß im Ruhrrevier nicht passiert, was die Lage dort verschärfen würde und zu unheilvollen Konsequenzen führen müßte. Unter keinen Umständen darf von neuem Arbeiterblut fließen. Die Militärs müssen im Zaum gehalten werden.

Leider scheint nicht bei allen Regierungsjellen das nötige Verständnis vorhanden zu sein. Herr Eberl, der so viel Energie gezeigt hat, um die Herren Bauer und Kossie zu halten, läßt diese Energie sehr vermissen, wenn er sie gegen die Generale anwenden soll. Obwohl er nach Artikel 48 der Verfassung unmittelbar verantwortlich ist für das Eingreifen der bewaffneten Macht, sobald der Ausnahmezustand verhängt ist, hat er bisher jede persönliche Einflussnahme unterlassen und war trotz wiederholter Bemühungen für die Vertreter der Arbeiterorganisationen nicht zu erreichen. Es wird deshalb Aufgabe der Regierung sein, schleunigst die Beseitigung des Belagerungszustandes zu veranlassen und so den Kommuns-

